

Ansprache des Volks

an seine

B e r t i t t e r.

Ein Brief an die vereinigte Linke

im
DEUTSCHEN
deutschen Parlament
SAAL
zu

Frankfurt a. M.



Druck und Verlag von August Stritt.

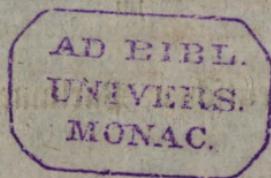
1848.

edelst und scherlich

mit den



Motto: Viele sind berufen,
Aber Wenige nur auserwählt.



Es sind in der jüngsten Zeit verschiedene Ansprachen an das deutsche Volk ergangen: das Reichsministerium hat uns vielfach mit der ehernen Stimme der Reaction aus Flintenläufen und Feuerschlünden angedonnert, auch von der deutschen Central-Polizeigewalt aus dem provisorischen Reiche der Verwesung zu Frankfurt erhielten wir eine Ansprache, die uns aber eben so wenig angesprochen hat, als die gleich anspruchsvolle des edlen Recken und biederer Degens Wrangel in Berlin. —

Auch die „Fluchblätter“ aus der deutschen Nationalversammlung, diese welkenden Lug- und Trugblätter am verdorrten Baume der bewaffneten Reaction blies der Wind von den dürren Nesten nach allen Richtungen Deutschlands hin unter dem anspruchlosen Gewande einer diplomatischen Depeche und mit dem geheimen Reichspetschaft versehen. Unter den Fittigen und Krallen des zweiköpfigen doppelzungigen (schwarzgelben und schwarzweißen) Raubvogels wurde die Schmach der deutschen Presse besiegt, und das Nonplusultra pasquillanter Pfützenliteratur als Product der Centralisation von einem spiritus ministerialis in die Welt gesandt (d. h. von einem der edlen Söhne aus guten Familien von Darmstadt, welche in die Ministerien hinein geschmuggelt worden.) —

Betrachten wir diese Ansprachen eine um die andere und beginnen wir mit der ministeriellen, so müssen wir gestehen, daß wir sie unverantwortlich finden; die kartätschende Ansprache nämlich,

weil nicht zur rechten Zeit eingeschritten wurde, wo nicht nur das Blutbad, sondern der ganze Kravall hätte verhindert werden können; die schriftliche aber, weil die Worte: „eure Freiheit ist mir heilig“ mit dem Versammlungsverbot auf einem Flächenraume von 85 Meilen im Gevierte schlecht zusammenpassen, die Freiheit des Standes und Belagerungszustandes keine Freiheit, sondern eine Unfreiheit ist, welche, so wie die Einquartirung 33 Tage lang fortduern zu lassen das Ministerium sich die Freiheit nahm. Diese Freiheit der Reaktion war dem alten Bundestage auch heilig, ist uns aber ein unerträglicher Zustand der Tyrannie.

Was die Ansprache der Majorität der Nationalversammlung (den Ausschusseentwurf) betrifft, so haben wir bis jetzt zu unserem großen Leidwesen bei dieser Versammlung von einem „beharrlichen Voranschreiten zum Ziele“ Nichts gesehen, dagegen aber ein beharrliches Stehenbleiben der Stillstandsmänner, ja einen beharrlichen Rückschritt von den Beschlüssen des Vorparlaments (z. B. in der Schleswig-Holstein'schen und Polenfrage) und von den Errungenchaften unserer März-Revolution wahrnehmen müssen. Für solche Beharrlichkeit danken wir schönstens, und müssen daher billig bezweifeln, ob unser Volk auch in dem Maße „die Gabe der Beharrlichkeit“ besitze, um Niemanden als der Nationalversammlung in ihrem dermaligen Personalbestand das Recht zur Begründung der Verfassung Deutschlands zuzugestehen. Die an Mathy, Fallati, R. Mohl, Fuchs, Bassermann, Briegleb, Neergardt, Krafft und Andere erlassene Misstrauensvoten sprechen laut für das Gegentheil. Da nun selbst die „Fluchblätter“ es „nicht billigen können, wenn ein nach Anerkennung der Grundsätze

des Vorparlaments gewählter Vertreter späterhin bei veränderter eigener Ueberzeugung sein Mandat zur Bekämpfung eben jener Grundsätze benützen“ oder vielmehr missbrauchen wollte, so glauben wir, daß wenigstens darüber „Deutschland sich bereits geeinigt hat,“ daß die Betreffenden „von ihren Plätzen weichen.“ —

Dagegen glauben wir nicht, daß „es für uns nur zwei Wege gibt, zwischen welchen wir die Wahl haben, entweder die blutigste Anarchie und eine unbedingte Kriegerherrschaft oder den über diesen Abgrund führenden schmalen Steeg der unbedingten Unterordnung unter die mit Jubel begrüßte und überall anerkannte Centralgewalt, und der vertrauensvollen Unterstützung der, freilich in ihren Beschlüssen nicht unfehlbarer, mit Feststellung und Sicherung unserer heiligsten Güter betrauten Nationalversammlung, in welchem ungeschwächten Vertrauen man sich durch einzelne vielleicht missfällige Beschlüsse nicht beirren lassen dürfe.“ — Wir wissen vielmehr, daß es keine Kunst war, sich in das Vertrauen des rathlos und unerfahren gewesenen Volkes einzuschleichen, dieses Vertrauen aber eben so leicht wie gewonnen auch wieder verloren wird, und in Misstrauen übergeht, wenn man sich dasselbe nicht zu erhalten sucht und es nicht verdient. Wir wissen ferner, daß man ein solches nicht verdient, wenn man zu seinem Schutze für jede beleidigende Kritik Zuchthausstrafe androhen zu müssen glaubt, was einem reaktionären Terrorismus à la Metternich höchstens einfallen kann, der nur durch den Schrecken herrschen will und denkt: hassen mögen sie uns, wenn sie uns nur fürchten. —

Wir haben die Ansprache der Heuler, die da fürchten müssen, bei einer Neuwahl nicht wieder

erkoren zu werden, und ihre Sitze zu verlieren, gelesen, und begreifen nicht, wie dieselben von ihren Committenten, dem Volke, so schlecht und niedrig denken mögen: „die Aufregung neuer Wahlen rufe, wie jeder einsehen müsse, neue Gewaltthaten her vor und es sei nur um die Aufreizung der Masse zur Gewaltthat zu thun.“ Eine Partei, welche die Männer der Opposition im verfassunggebenden Reichskörper — „Banditenhäuptlinge, des Volkes gefährlichste Feinde, Lügner und Wühler“ nennt, die mit „verabscheuungswerten Plänen und Waffen und durch schnöde Künste das Volk berücken“ — die hat sich selbst gerichtet und von der bedürfen wir nicht weiter Zeugniß.

Vier Ansprachen aber haben wir erhalten, welche uns zum Herzen gesprochen haben: 1) die Ansprache des Centralausschusses der deutschen Demokraten, 2) den Abschiedsruf des Freiheitshelden Fr. Hecker, 3) die Ansprache des Clubbs der vereinigten Linken und 4) die des Bürgers Arnold Ruge an seine Wähler.

Aus der Ansprache Heckers wollen wir hier insbesondere auf den Satz Gewicht legen, daß „die Menschen die Ereignisse machen müssen, indem solche nicht vom Himmel fallen“, denn Hoffen und Harren macht manchen zum Narren, und „daß wir das Handeln nicht verlernen sollen.“ Uebrigens enthält dieses „Abschiedswort an das deutsche Volk“ eine solche Menge treffender Wahrheiten und beherzigenswerther Stellen, daß wir es in Federmanns Händen verbreitet wünschen möchten. (Ist beim Herausgeber dieses zu haben.)

Was sodann Eure Ansprache, die der vereinigten Linken betrifft, so müssen wir bekennen, daß sie uns nicht kräftig, nicht entschieden genug aufzutreten scheint. Bei den vielen Niederlagen der

gesinnungstüchtigen Minorität, bei der übermuthigen Brutalität, womit die Majorität Euch ihre numerische Ueberlegenheit fühlen läßt und terrorisirend das Recht des Stärkeren geltend macht, hätten wir festeres Zusammenhalten, eine energischere Sprache und entschlosseneres Handeln erwartet. Nicht allein die Annahme des dänischen Waffenstillstandes, sondern die ganze Haltung der Nationalversammlung ist es, welche dem deutschen Handel, Gewerbsverkehr und Credit tief schmerzende Wunden geschlagen und die Früchte der ruhmvollen Erhebung des deutschen Volkes geradezu aufopferte, uns in die alten verkommenen Zustände schonungslos zurückstieß, die Volkssouveränität, auf deren Boden allein die Trümmer des aus innerer Unnatur und Haltlosigkeit zusammen gestürzten Völkerbaues zu einem dauernden Tempel der Zufriedenheit und des Glückes errichtet werden könnte, das freie Selbstbestimmungsrecht jeden Volksstammes mit Füßen getreten hat. Was aber nun? Euer Ruhlscher Antrag auf Anordnung neuer Wahlen wird wohl schwerlich eine andere Folge haben, als den Uebergang zur motivirten Tagesordnung, oder glaubt Ihr, daß die in siegestrunkenem Uebermuth durch das Selbstgefühl der Majorität verbundete Reactionspartei sich das Dementi geben werde, ihr eigenes Todesurtheil zu unterschreiben, während sie sich auf ihren Bänken sicher fühlt unter dem Schutze der Kanonen des tapfern Kartätschenministers v. Peuker, und selbst dem von ihren Kommittenten laut ausgesprochenen Volksunwillen ungestraft Troz bietet? Was wird es helfen, wenn ihr, von der Mehrzahl überstimmt, „die Grundsätze der Freiheit und Einheit Deutschlands unerschütterlich vertretet, wie bisher,“ fruchtlos und ohne Erfolg? Was mag es fruchten, wenn wir uns offen über

die Wirksamkeit unserer Vertreter aussprechen, Mißtrauensvoten senden, aus den Händen jener Abgeordneten, die uns verläugneten, die Vollmacht zurücknehmen, — wenn ein Matthyn, Fallati, Fuchs u. s. w. denen ihr Mandat abverlangt worden, „nicht von ihren Plätzen weichen wollen, bis Deutschland sich geeinigt hat in einer (nach ihren Begriffen) freien Verfassung,“ wenn sie es mit ihrer Gewissenhaftigkeit und ihrem Ehrgefühl vereinigen können, der öffentlichen Meinung Hohn zu sprechen und ihren Wählern das Recht bestreiten, von ihnen zu verlangen, „daß sie das begonnene Werk aufgeben, für dessen glückliche Vollendung sie dem ganzen deutschen Vaterland verantwortlich seien?“

Was hilft das Zurückberufen der Vertreter, wenn diese dem Ruf nicht Folge leisten? Was würde es uns helfen, den Willen der Nation kund zu geben auf legalem Wege und die Anordnung neuer directer Parlamentswahlen zu fordern, wenn wir hunderte unserer Adressen und Petitionen nach einer viertelstündigen Verhandlung per Bausch und Bogen ungelesen in den Papierkorb des Petitionsausschusses wandern oder in die Actenfazikel des Reichsarchivs begraben sehen. Wann hat denn die Majorität Eurer Versammlung von der Stimme des Volkes je Notiz genommen?

Inzwischen sehen wir die Reaktion mächtig und übermuthig ihr Haupt erheben, halb Deutschland seufzt unter der ehernen Zuchtruthe des Belagerungszustandes, unter der Geißel drückender Einquartirungslast, des Kriegsgesetzes; man hetzt die leider „fremden“ Reichstruppen des einen Volksstammes gegen den anderen. Statt den Bndestag bis in die Wurzel zu zerstören, und die Souveränität der deutschen Nation in neuen Staatsformen fest zu gestalten, wird das Recht der einzel-

nen Stämme: sich unbeschadet der Freiheit der ganzen Nation ihre Verfassungsform selbst zu wählen, durch den Militär-Despotismus uns geraubt, unser Volk im Innern mit Knechtschaft, nach Außen mit Schmach beladen und eine Armee von 900,000 Söldlingen und Schergen gegen uns aufgeboten. — Statt die Wächterin deutscher Freiheit zu werden, reckt die Reichsgewalt ihre Hand aus nach den heiligen Grundrechten der Nation, nach der Freiheit der Rede, der Presse und der Versammlung. Will nicht schon der Reichsjustizminister das Vereinsrecht unter seine specielle Obhut und Ueberwachung nehmen, ist uns nicht das Versammlungsrecht auf einem Bezirke von 85 Quadratmeilen ganz geraubt und an andern Puncten Deutschlands durch den Belagerungszustand verkümmert unter den Augen und mit dem Willen dieser entnationalisierten Nationalversammlung, ist nicht das Recht der freien Kritik durch entehrnde Buchthausstrafe bedroht?

Was bleibt uns nun übrig? Nur zwei Auskunftsmitte giebt es, um auf friedlichem, gesetzlichen Weg unsere Volksrechte, unsere Volkssoveranetät zu wahren. Wir haben unsere Volkssoveranetät, welche wir in den Märztagen so theuer mit unserem Blute erkaufen mußten, keineswegs veräußert oder aufgegeben, oder Euch damit bekleidet; ihr waret nur deren momentane Träger, die Organe unseres Willens; nicht Ihr seit souverain, sondern wir; finden wir Euch als Werkzeuge unbrauchbar, wer will uns hindern, Euch zu desavouiren und andere zu Vollstreckern zu wählen, wenn Ihr, die Bevollmächtigten, unser Vertrauen nicht mehr besitzt, da nach dem Mandat-Vertrage dem Vollmachtgeber unbenommen bleibt, auch selbst Rechtsgeschäfte und gültig verbindliche Handlungen in eigenem Namen und eigener Person vorzuneh-

men, ohne Euch mehr zu fragen? Von wem habt Ihr eure Gewalt, als von uns, und steht nicht dem Gewaltgeber das Recht zu, sich die Ratification vorzuhehalten? Ist er durch den Mandatvertrag nicht mehr *sui juris*, ist er dadurch mundtot geworden und unter Vormundschaft gekommen? Keineswegs! Sollte der Mandant ganz schutz-, hilfs- und rechtlos dastehen gegen Prävarikation seines Mandatars, sollte die Vollmacht unwiderruflich sein und nie erlöschen, damit die Deserviten-Rechnung sich in unerschwingliche Höhe belaufe? —

I. Der Reichsfinanzminister v. Beckerath verlangt für die Zeit von 4 Monaten (vom 10. Oct. — 31. Dec. 1848) an Geld für die deutsche Centralregierung (Ministerbesoldungen u. s. w.) nicht mehr als: zehn Millionen, viermalhundert acht und sechzigtausend sieben hundert sechs und sechzig Gulden, welche zum Theil durch Steuern aufgebracht werden müssen; — das ist doch fürwahr ein schönes Weihnachtsangebinde für das deutsche Volk. — Das macht auf ein Jahr bloß zwei und dreißig Millionen Gulden ($3 \times 10,468,766$ fl. — $31,406,298$ fl.) was auf jeden Kopf in Deutschland mindestens einen Gulden, also für jeden Steuer-Contribuenten, wenn es als Personalsteuer ganz gleich vertheilt würde, etwa 6 Gulden jährlich aussmacht. — Wir aber verlangen von euch mit kathegorischer Bestimmtheit, daß Ihr diesem gegenwärtigen Ministerium keinen rothen Heller bewilligen, sondern rundweg erklären werdet, daß Ihr denselben kein Vertrauen schenken könnt, nachdem das Volk ihm solches längst entzogen hat, dessen Stimme Ihr zu folgen habt. —

Dies wäre das eine Auskunftsmitte! Scheint es nicht, als wolle man durch Aufhaltsung dieser neuen Last, durch Deutschlands polizeiliche Centralisation

im Volke die Sehnsucht rege machen nach den vorsündfluthlichen Fleischtöpfen der ägyptischen Sklaverei unter dem seligen Bundestage und den 35 Souveränen „von Gottes Gnaden?“ Wie lange soll unsere Geduld noch missbraucht werden, nachdem die deutsche konstituirende Nationalversammlung und die von ihr ins Leben gesetzte Missgeburt der deutschen Centralgewalt sammt deren Kreaturen ihre Schwäche, Ohnmacht und Unfähigkeit zur Genüge bewiesen und gezeigt hat, daß sie nichts weiter zu schaffen im Stande ist, als zu den enorm hohen 35 Civillisten und Finanzbudgets hin noch ein 36tes Reichsfinanzbudget von beiläufig 32 Millionen Gulden jährlich, womit man dem Volke die Revolution und die Freiheit entleiden will. Wir können solche unerschwingliche Last nicht tragen, eines von beiden muß fallen, entweder das alte 35fache Joch der Knechtschaft und Besteuerung durch Mediatisirung aller Fürsten, oder die neue Einheitsklaverei. Die Zeit der Adressen ist vorüber, da man solche unberücksichtigt zu den Acten nimmt; auch das Frakturnsprechen hilft Nichts. Ihr müßt handeln, von Euch verlangen wir es, denn auch mit Euren Proclamationen ist Nichts ausgerichtet und daher dem Volke schlecht gedient.

Auf den Freiheitsrausch vom Februar und März ist ein moralischer Katzenjammer eingetreten, der gänzliche Erschlaffung, Apathie und Gleichgültigkeit zur Folge haben kann.

An Euch ist es diesem Zustand der Abgespanntheit durch kräftiges Auftreten zu begegnen, darum fordern wir:

II. für die von euch zu beschließende neue deutsche Reichsverfassung ein gedoppeltes Veto-Recht des Volkes. Wir werden eure Arbeit einmal dem Plazet aller deutschen Ständeversammlun-

gen und Landtage und dann noch einmal dem Veto des gesamten Volkes, das in Urversammlungen Gemeindeweise darüber abstimmen wird, unterstellen.

Mehrere gegenwärtig constituirende deutsche Einzelstaaten haben dieses, auch in der Schweiz erfolgte, Auferbauen der Constitution auf demokratischer Grundlage bereits zur praktischen Anwendung gebracht, so die Regierungen der Freistädte Frankfurt, Lübeck, Hamburg, von Schleswig-Holstein, Anhalt-Bernburg u. s. w., denn dies ist das einzige Mittel, und darin einzig und allein besteht ja gerade die demokratische Grundlage und ist dies das unterscheidende Moment von einer aus Gnaden oktroyirten oder vertragsmäsig vereinbarten Constitution. Sollen unsere Märzerrungenschaften nicht eitel Wind sein, so muß dem Volke dieses Verwerfungsrecht um so mehr vindicirt werden, als die constituirende deutsche Nationalversammlung in ihrer großen Mehrheit, und also auch in ihrer Gesamtheit, unser Vertrauen total verscherzt hat. — Wird dann vom Volke das von Euch gegründete Verfassungswerk in den Urversammlungen verworfen, so soll der von Euch, der Minorität, vorzulegende Reichsverfassungsentwurf zur Abstimmung kommen; wenn auch dieser durchfiiele, so ist damit zugleich ausgesprochen, daß Euer Mandat erloschen ist, Ihr uns eine Reichsverfassung zu geben unfähig seid, und wir binnen vier Wochen ein anderes constituirendes Parlament erwählen, das seiner Aufgabe besser gewachsen sein; das, ein reiner Ausdruck des wahren Volkswillens, diesen manifestiren, ihm Worte verleihen, ihn vollziehen und zur Ausführung bringen wird. —

Die demokratische Partei muß alle möglichen Anstrengungen machen, um den Nationalwillen, den die Nationalversammlung ignorirt, in der Ver-

fassungsfrage zur Geltung zu bringen. Dieser Wille des gesammten Volkes spricht sich in der öffentlichen Meinung durch die Presse und in Adressen aufs Unzweideutigste ans, und möge der demokratischen Partei der Nationalversammlung zur steten Richtschnur dienen. Inzwischen müßten die Führer der demokratischen Partei im Volke auch alle in ihrer Macht stehenden Mittel anwenden, durchzudringen und die Idee der Freiheit zum Siege zu bringen. Es muß daher eine riesen-Petition an die Nationalversammlung von allen Ecken und Enden Deutschlands eingereicht werden, dahin gehend:

1) daß in der Verfassung bestimmt werde, jeder Deputirte, der ein Amt übernimmt oder ein von der Mehrheit seiner Wähler ausgehendes Misstrauensvotum erhält, habe sofort alsogleich sein Mandat unweigerlich niederzulegen und in die Hände seiner Kommittenten zurückzugeben; sodann aber:

2) daß die neue deutsche Reichsverfassung sogleich nach ihrer Annahme in der constituirenden Nationalversammlung, den deutschen Ständeversammlungen zugefertigt werde, um solche gewissenhaft zu prüfen und mit einem gedruckten Gutachten begleitet dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Diese Vorlage an die Nation hätte binnen vier Wochen nach der beschloßnen Endentscheidung darüber in der Frankfurter Versammlung in der Weise zu geschehen, daß darüber jede Gemeinde durch ganz Deutschland an einem und denselben Tage in einer Urversammlung auf gedruckten Zetteln mit „Ja“ oder „Nein“ abstimme.

Nur auf diese Weise läßt sich der Wille der Majorität des Volkes erkennen. Und die Nation wird jede Reichsverfassung verwerfen, worin nicht die

verheißenen „März-Errungenenschaften“ als „Grundrechte“ unverkennbar gewährleistet, worin nicht „großartige Mediatisierungen“ festgesetzt, worin nicht der direkte Wahl-Modus, das Einkammsystem für das Reich sowohl, als für die Landtage der einzelnen Provinzen, höchstens ein Suspensiv-Beto für die Träger der obersten Reichsgewalt, die Berechtigung der Wähler, ihre Vertreter abzuberufen und ihnen das Mandat zu entziehen, und das Recht des Volkes, eine zeitgemäße Erweiterung und Verbesserung der Reichsconstitution (Verfassungs-Revision) jeder Zeit zu beantragen und vorzunehmen, ausdrücklich ausgesprochen sind, — worin nicht die Souveränität und Majestät des Volkes jeden Artikel beseelt, und das freie Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Volksstammes gewahrt und unzweideutig anerkannt ist. —

Der Weg, den Ihr einzuschlagen habt, ist, auf die hievorbezeichnete Weise eine Appellation an den gesunden Menschenverstand des Volkes herbeizuführen und wenn es Euch in den Grundrechten und der Reichsverfassung, wie sie aus der National-Versammlungs-Mehrheit hervorgeht, nicht gelingt, das Prinzip der Volkssovereinheit, Gleichheit und Freiheit für Alle zur Geltung zu bringen, so liegt es Euch ob, einen Minoritäts-Entwurf der Grundrechte und der Verfassung auszuarbeiten und gleichzeitig mit dem der Mehrheit Eurer Versammlung dem Volke vorzulegen. Beruft euch dann getrost auf Muthes von der falschen Majorität der Abgeordneten auf die wahre Majorität des Volkes selbst und ihr erhaltet diese durch dessen Abstimmung in Urversammlungen über die Grundverfassung und alle die organischen Gesetze, welche die

großen Grundlagen der neuen socialen Lebens- und Staatsform feststellen. — Denn von der bankierott gewordenen alten Staatsweisheit der doctrinären Professoren können wir uns einen constitutionell-monarchischen Föderativ-Staat mit anarchischer Grundlage und monarchischer Spize nach mittelalterlichem Zuschnitt (mit einer Kaiserpuppe &c.) nicht aufdrängen lassen, und gegen solchen Schnickschnack müßt Ihr uns sichern. —

Dies wäre es, was wir von Euch erwarten; denn die Mehrheit der Frankfurter Versammlung verläugnen wir, wie sie uns, das Volk und unsere Freiheit verläugnet hat.

Wir werden, vermittelst unserer demokratischen Vereine, möglichst dahin wirken, daß die deutschen Männer aller Stämme schon jetzt in Urversammlungen zusammenetreten, um ihre Vollmacht aus den Händen jener Abgeordneten zurückzunehmen, welche uns verläugneten, und um eine Riesen-Petition durchzusetzen, worin wir die Anordnung neuer und directer Wahlen verlangen, damit durch diese der wahre Wille der Nation sich kund gebe, die Freiheit, die Einheit und der Wohlstand des Volkes gerettet werde, und durch die Möglichkeit der legalen Reform die sonst unvermeidliche Nothwendigkeit einer neuen und blutigen Revolution abgeschnitten werde.

Inzwischen möge eine in Berlin oder sonstwo zusammentretnende Versammlung der oppositionellen Fractionen aller deutschen Reichstage, Landtage und Provinzial-Ständeversammlungen, worin Ihr Euch gebührend vertreten lassen werdet, ein sogenanntes Gegenparlament, in Verbindung mit dem gleichzeitig zusammentretenen demokratischen Congresse sich es zur Aufgabe machen, diesen (obenbezeichneten) Verfassungsentwurf

der Minderheit in Gemeinschaft mit Euch auszuarbeiten und durch den Druck zu veröffentlichen.

Wenn dann die durch Kündigung des Mandats von ihren Wählern zurückberufenen Frankfurter Deputirten weder soviel Gewissenhaftigkeit, noch soviel Ehrgefühl besitzen, ihren Platz Verdienteren, Würdigeren zu räumen, so bleibt uns gar keine Wahl übrig, als die ganze constituirende deutsche Nationalversammlung zu verläugnen und alle Deputirten derselben zurückzurufen, dagegen aber unsere getreuen Vertreter in einer Berliner oder sonstigen oppositionellen Versammlung wahrer Volksmänner als den alleinrichtigen Ausdruck des Nationalwillens, als unsere alleinigen Mandatare, anzuerkennen und nur ihre Beschlüsse als gültig und bindend für uns zu erklären. —

Nur der Sieg des demokratischen Princips kann Deutschland einig, frei und groß machen, und auf dessen Erringung müssen wir vereinigt lossteuern, wir, die Männer des Volkes in geschlossener Phalanx und Ihr, die Führer des Volkes kühn voran an der Spitze.

Darum:

Berzage nicht, du Häuflein klein!

Das Volk steht hinter dir. —